

**Archäologie:** Einbaum bei Seekirch entdeckt

## Ein Blick zurück in die Jungsteinzeit

**SEEKIRCH.** Es ist für Archäologen ein außergewöhnlicher Fund: Im Gebiet des Unesco-Welterbes Prähistorische Pfahlbauten haben sie ein extrem gut erhaltenes Boot aus der Jungsteinzeit gefunden. Der sechs Meter lange Einbaum habe rund einen Meter tief im Moor des Federseerieds bei Seekirch (Kreis Biberach) gelegen, teilten die Regierungspräsidien Stuttgart und Tübingen gestern mit. „Er ist zwar in mehrere Stücke zerbrochen, aber in allen Teilen hervorragend erhalten“, sagte Denkmalpfleger Helmut Schlichterle. Es sei das erste Mal, dass man ein so gut erhaltenes Boot im Federseeried untersuchen könne. Die Fachleute hoffen, nun mehr über die Menschen herauszufinden, die vor 3000 bis 7000 Jahren in dem Moor lebten.

Das Federseeried ist eine von 111 Fundstellen, die 2011 als Prähistorische Pfahlbauten um die Alpen auf die Unesco-Welterbeliste genommen wurden. Das 33 Quadratkilometer große Feuchtgebiet gilt dabei als eine der archäologisch ergiebigsten Fundstellen. Die sogenannten Schussenrieder Pfahlbauten wurden dort 1875 entdeckt und seitdem systematisch erforscht. Rund 20 Siedlungen mit jeweils bis zu 30 Häusern sind bislang bekannt. Doch



Archäologen legen bei Seekirch einen Jahrtausende alten Einbaum frei. BILD: DPA

weshalb die Menschen ihre Häuser auf Pfählen mitten ins Moor bauten, gibt Experten noch immer Rätsel auf. Der nun gefundene Einbaum liege 150 Meter von einer Siedlung entfernt, die etwa 2800 vor Christus errichtet wurde, sagte Schlichterle. „Er ist sehr dünnwandig. Das war sicher ein leichtes und schnelles Boot, das aber auch sehr schwierig zu fahren war“, sagte er. Damit seien die Menschen damals wohl zum Fischen auf den See gefahren oder um Wassernüsse zu sammeln – eine nahrhafte Wasserpflanze, die heute vom Aussterben bedroht ist.

Von dem einst großen Federsee ist heute nur noch ein kleiner Rest übrig. Die Fundstelle des Einbaums liegt kilometerweit vom Wasser entfernt. Durch Entwässerung und landwirtschaftliche Nutzung trocknet das Moor immer stärker aus. Das besorgt Naturschützer und Denkmalschützer gleichermaßen. lsw

### Kriminalität

## Falsche Zeugnisse von Sprachschule?

**STUTTGART/HEIDELBERG.** Eine Heidelberger Sprachschule soll 27 Ausländern in Baden-Württemberg falsche Zertifikate ausgestellt haben. Diese hätten versucht, sich dadurch die deutsche Staatsangehörigkeit zu erschleichen, berichten die „Stuttgarter Nachrichten“. Das baden-württembergische Integrationsministerium habe den Vorgang bestätigt, schreibt die Zeitung. Das Sprachinstitut habe den Ausländern die Sprachzertifikate ausgestellt, ohne dass diese über die notwendigen Deutschkenntnisse verfügten. Die Bewerber hätten pro Person zwischen 800 und 1000 Euro an einen Mittelsmann gezahlt. Die Heidelberger Staatsanwaltschaft ermittle gegen die Schule und die Bewerber. lsw

**Kurdenkrawalle:** Gall korrigiert den Ablauf des Einsatzes in Mannheim / Heftige Debatte im Stuttgarter Landtag

## Nur 300 Polizisten vor Ort

Von unserem Korrespondenten Peter Reinhardt

**STUTTGART/MANNHEIM.** Bei Beginn der Krawalle beim kurdischen Kulturfest in Mannheim waren viel weniger Polizisten vor Ort als bisher bekannt. Der baden-württembergische Innenminister Reinhold Gall (SPD) räumte gestern im Stuttgarter Landtag ein, dass der Einsatzleiter 500 der ursprünglich 800 Beamten bereits auf den Heimweg geschickt hatte, als die Ausschreitungen bei dem Fest auf dem Maimarktgelände begannen. „Diese Kräfte wurden sofort wieder zurückgeholt“, sagte der SPD-Politiker. Zusätzlich seien weitere Polizisten aus Hessen, Rheinland-Pfalz und von der Bundespolizei angefordert worden.

Gall verteidigte in einer aktuellen Debatte die Reduzierung der Einsatzkräfte vor Ende der Veranstaltung: „Zu keinem Zeitpunkt war davon auszugehen, dass sich der Tenor der Veranstaltung und ihre Friedlichkeit ändern würden.“ Über Stunden seien die Kontrollen erfolgreich gewesen. Dabei seien Wurfgeschosse und verfassungsfeindliche Symbole beschlagnahmt worden. Die Ausschreitungen begannen, als die Ordner des Veranstalters einem 14-Jährigen mit einer PKK-Fahne den Zutritt zum Gelände verweigerten. Weil niemand mehr mit Krawallen rechnete, hätten die meisten der noch anwesenden Polizisten keine Schutzkleidung getragen. Diese Beamten wurden nach Galls Angaben „sofort von 150 gewaltbereiten Besuchern des Festivals attackiert“. Dabei wurde ein Beamter mit einer Eisenstange angegriffen und erlitt einen Rippenbruch. Kiloschwere Betonklötze seien geworfen worden.

### Polizei als Freiwild?

Die CDU-Opposition hatte die aktuelle Debatte mit dem Titel „Kurdenkrawalle in Mannheim – Polizei als Freiwild?“ beantragt. Gall wies die Formulierung als Unterstellung zurück. Zu Recht habe sich die Polizei angesichts der Kräfteverhältnisse vorübergehend zurückgezogen, weil die 300 Beamten 2500 Gewalttätern gegenüberstanden. Ein taktisch gewählter Rückzug sei „geboten, wenn dadurch Leib und Leben unserer Polizeibeamten geschützt werden können“. Gall: „Unsere Polizei ist kein Freiwild.“

Noch immer untersucht eine 18-köpfige Kommission das umfangreiche Bildmaterial, um Täter zu iden-



Bei den Ausschreitungen auf dem Mannheimer Maimarktgelände vor gut zwei Wochen wurden 80 Polizisten verletzt. BILD: DPA

### Rekordzahl an verletzten Polizisten

■ Bei den Ausschreitungen wurden nach neuen Angaben von Innenminister Reinhold Gall 71 Polizisten verletzt. Die meisten hatten leichte Blessuren, **sechs waren dienstunfähig**, zwei davon schwer verletzt. Zwei Mannheimer Polizisten sind noch krankgeschrieben.

■ „Mir ist kein anderer Einsatz in Erinnerung, bei dem 80 Polizisten verletzt wurden“, ordnete der CDU-Polizei-

tifizieren. Man sei dabei „auf einem richtig guten Weg“, berichtete der SPD-Minister. Man werde versuchen, die Gewalt- und Straftaten in ganz Europa dingfest zu machen.

Der CDU-Abgeordnete Thomas Blenke vertrat die Ansicht, dass die Polizei am Samstag vor gut zwei Wochen „über Stunden in der Defensive und nicht in der Handlungsfähigkeit war“. In dieser Zeit seien nach und nach 80 Beamte verletzt worden,

sprecher Thomas Blenke diese Zahl ein. Auch der Grünen-Innenpolitiker Ulrich Sckerl sieht die Ausschreitungen in Mannheim „ohne Beispiel in der jüngeren Geschichte des Landes Baden-Württemberg“.

■ Zeugen können Aussagen zu den Krawallen **anonym** an einem eigens geschalteten **Telefon** machen. Unter der Nummer 0621/10 43 43 seien erste Hinweise eingegangen. pre

weil die Einsatzkräfte „offensichtlich nicht der Situation Herr wurden“.

Der Grünen-Abgeordnete Ulrich Sckerl warf der CDU-Opposition eine „Gespensterdebatte“ vor. Nach seiner Ansicht war die gestrige Diskussion überflüssig, weil Gall vor einer Woche in nichtöffentlicher Sitzung des Innenausschusses berichtet hatte. Die CDU habe mit ihrem reißerischen Titel für die Debatte Grenzen überschritten. Sckerl: „Wir

sind hier im Landtag und nicht in den Redaktionsstuben eines Revolverblattes.“

Grünen-Fraktionschefin Edith Sitzmann hatte am Abend zuvor sogar schriftlich interveniert, weil ihrer Ansicht nach die CDU mit dem Titel die Kurden als Volksgruppe in Misskredit bringe und das Ansehen der Polizei beschädige. Parlamentspräsident Guido Wolf (CDU) lehnte eine Absetzung ab.

SPD-Innenexperte Nikolas Sakelariou meinte zum Motiv der CDU: „Es ist bedauerlich, dass auf dem Rücken der verletzten Polizisten Politik gemacht wird.“ Die Opposition blase in dasselbe Horn wie die Veranstalter, die der Polizei die Verantwortung an den Exzessen zuschoben.

Der FDP-Abgeordnete Ulrich Goll wertete die Ausschreitungen als „offene Absage an das Gewaltmonopol des Staates“. Die Polizei brauche die Unterstützung aller Parteien.

**Mehr zum Thema unter**  
[morgenweb.de/mannheim](http://morgenweb.de/mannheim)

**EnBW-Affäre:** Investmentbank Morgan Stanley kämpft gegen angekratzten Ruf

## Rechnungshof bleibt gelassen

**STUTTGART.** Die Investmentbank Morgan Stanley geht in den EnBW-Affäre massiv gegen den Landesrechnungshof vor: Die Bank hält das vernichtende Gutachten der Karlsruher Behörde zu ihrer Arbeit bei dem EnBW-Deal des damaligen Ministerpräsidenten Stefan Mappus (CDU) für eine Farce. Kurz vor der nächsten Sitzung des EnBW-Untersuchungsausschusses forderte Vorstand Hanns Christoph Siebold den Präsidenten des Rechnungshofs, Max Munding, auf, das Gutachten zu dem milliardenschweren Wiedereinstieg des Landes bei dem Energiekonzern dringend zu überarbeiten. Der Rechnungshof ließ die Kritik an sich abtropfen. Grüne und SPD halten das Vorgehen des Kreditinstituts für ein „Ablenkungsmanöver“. Sie werfen Mappus vor, zu viel für die EnBW bezahlt zu haben. Dies hänge auch mit der fehlerhaften Beratung der Investmentbank zusammen.

### „Beliebige Erkenntnisquellen“

Morgan Stanley beklagte die „falsche Herangehens- und Verfahrensweise“ der Prüfer. „Für den Rechnungshof handelte es sich bei der Beurteilung von Leistungen einer Investmentbank um eine weitgehend unbekannte Materie“, heißt es in einer Bewertung der Bank. In seinem Gutachten habe der Rechnungshof die „Erkenntnisquellen beliebig und sachwidrig be-

schränkt“. Die Prüfer hätten in dem Gutachten vor allem moniert, Risiken seien nicht ausreichend berücksichtigt worden. Die beiden Vorstände widersprechen energisch: „Die von Morgan Stanley durchgeführte Risikoanalyse war umfassend und im Wertansatz konservativ.“

Der Rechnungshof sieht keinen Anlass, das Gutachten neu zu fassen. Die Behörde stehe zu den Erkenntnissen, die Ende Juni dem Landtag zugeleitet und dann im Untersuchungsausschuss erläutert wurden. „Es ist nun Aufgabe des Landtags, daraus – wie auch aus anderen Erkenntnisquellen – seine eigenen Bewertungen und Schlussfolgerungen zu ziehen.“ Bereits im Juni hatte die zweitgrößte Investmentbank der



Morgan Stanley wehrt sich gegen den Landesrechnungshof. BILD: DPA

Welt den Prüfern schwere Fehler bescheinigt. Morgen wird im U-Ausschuss die Direktorin des Rechnungshofs, Hilaria Dette, die den Bericht federführend erstellte, als Zeugin vernommen.

Das Renommee von Morgan Stanley ist durch die Ermittlungen gegen den Ex-Deutschland-Chef Dirk Notheis wegen Beihilfe zur Untreue zum Schaden des Landes angekratzt. Notheis hatte seinen Freund Mappus beraten. Mappus, gegen den wegen Untreue ermittelt wird, hatte Ende 2010 einen 45-prozentigen Anteil der EnBW-Aktien vom französischen Staatskonzern an Parlament vorbei erworben. Die grün-rote Koalition hält den damals gezahlten Kaufpreis von 4,7 Milliarden Euro für überhöht.

Der Grünen-Obmann im Ausschuss, Ulrich Sckerl, sagte: „Morgan Stanley versucht verzweifelt, die schwerwiegenden Fehler bei der Verhandlung des Kaufpreises für die EnBW-Aktien zu vertuschen.“ SPD-Obmann Andreas Stoch wirft der Bank vor, mit der CDU im Ausschuss gemeinsame Sache zu machen. Es habe schon eine „gewisse Pikanterie“, dass Morgan Stanley ausgerechnet jetzt vor der Ausschusssitzung mit den Vorwürfen an die Öffentlichkeit gehe. Der CDU-Obmann Volker Schebesta rief die SPD auf, mit „Verschwörungstheorien“ sehr vorsichtig zu sein. lsw

### IN KÜRZE

#### Impfung im Landtag

**MAINZ.** Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck und Gesundheitsministerin Malu Dreyer (beide SPD) haben sich gestern in Mainz öffentlich gegen Grippe impfen lassen. Mit der Aktion im Landtag wollen die Politiker zum Beginn der Grippesaison für einen Impfschutz werben. Die Landesregierung rät vor allem älteren Menschen, chronisch Kranken und denen, die im Job mit vielen Menschen in Kontakt kommen, zu diesem Schritt. lrs

#### Absturz fordert zwei Tote

**MÜHLACKER.** Beim Absturz eines Kleinflugzeugs bei Mühlacker im Enzkreis sind gestern Mittag zwei Menschen ums Leben bekommen. Nach Zeugenberichten war der Motor des Flugzeugs ausgefallen. Es stürzte in eine Scheune und brannte aus, teilten die Polizei und die Staatsanwaltschaft Pforzheim gemeinsam mit. Bei den Opfern handele es sich um zwei Männer im Alter von 71 und 82 Jahren. Sie seien in Kornwestheim mit ihrer Maschine gestartet. Warum das Flugzeug abstürzte, sei noch unklar, hieß es bei den Beamten. lsw

### VOR 50 JAHREN

**1400 Jordanier**, die ohne Arbeitslaubnis in Baden-Württemberg arbeiten, müssen **Deutschland verlassen**. Sie dürfen aber bleiben, bis sie die Kosten der Heimreise und einen „Spargroschen“ angespart haben. So will Innenminister Hans Filbinger für sein Bundesland den Beschluss der Innenminister-Konferenz über die Rückführung einiger tausend jordanischer Hilfsarbeiter im Bundesgebiet auf „schonende Weise“ umsetzen. Die Bundesrepublik ist als EWG-Mitglied verpflichtet, Arbeiter aus EWG-Ländern und anderen europäischen Staaten zu bevorzugen. ew

### Viele noch unentschieden

**STUTTGART.** Eineinhalb Wochen vor der Oberbürgermeister-Wahl in der Landeshauptstadt sind viele Stuttgarter noch unentschieden, wenn sie ihre Stimme geben wollen. 48 Prozent wissen noch nicht, wen der insgesamt 14 Kandidaten sie wählen. Das geht nach einem Bericht der „Bild“-Zeitung aus einer repräsentativen Befragung der Universität Hohenheim hervor. Nur 52 Prozent der knapp 800 Umfrageteilnehmer hätten ihre Wahlentscheidung schon getroffen. lsw

**Hahn:** Experten verweisen auf mögliche Interessenkonflikte

## Aufsichtsratschef künftig vom Flughafen bezahlt

**MAINZ/HAHN.** Der bislang vom Land entlohnte Aufsichtsratschef der Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH, Johannes Endler, wird künftig vom Unternehmen selbst bezahlt. Von Oktober an solle damit eine klarere Zuordnung geschaffen werden, sagte der rheinland-pfälzische Innenminister Roger Lewentz (SPD) gestern in Mainz. Er reagierte damit auf Medienberichte vom Vortag. Darin war bekanntgeworden, dass Endler sein Geld bisher vom Land bekommt und Experten dies als möglichen Interessenkonflikt sehen.

Ein Sprecher der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz nannte die Bezahlung durch das Land in der Mainzer „Allgemeinen Zeitung“ als „sehr ungewöhnlich“. Aufsichtsräte seien dem Unternehmen verpflichtet und Interessenkonflikte programmiert, wenn sie von Dritten finanziert würden.

Nach Angaben von Lewentz verdient Endler als Aufsichtsratschef des Flughafens monatlich 2500 Euro brutto. Alle anderen Mitglieder des Kontrollgremiums erhielten kein Geld. Bei Endler kämen weitere maximal 2500 Euro pro Monat hinzu, die er vom Innenministerium für eine Berater Tätigkeit in Flughafenfragen erhalte. Hier müsse Endler einzelne Beratungen nachweisen. Bislang sei der Maximalbetrag stets



Legte die Zusammenhänge offen: Innenminister Roger Lewentz. BILD: DPA

ausgeschöpft worden. „Das ist kein überzogener Geldbetrag, für die Hilfestellung, die wir von ihm bekommen“, sagte Lewentz.

Die Verträge zu beiden Tätigkeiten Endlers laufen Ende September aus. In dem Folgevertrag als Aufsichtsratschef, der voraussichtlich über ein oder zwei Jahre laufe, werde nun die Vergütung über die Flughafengesellschaft vereinbart. Dies sei mit Endler so vereinbart. Dass er bisher sein Geld vom Land bekam, sei rechtlich aber auch in Ordnung gewesen. „Ob es üblich ist, sei mal dahingestellt“, sagte Lewentz. Als Berater werde er indes auch weiterhin vom Ministerium bezahlt. Der Flughafen Hahn gehört zu 82,5 Prozent dem Land Rheinland-Pfalz und zu 17,5 Prozent Hessen. lrs